

«Die Neutralität ist eine Lebenslüge»

Roger de Weck gehört zu den profiliertesten Publizisten der Schweiz. Im Gespräch mit Benedict Neff und Lucien Scherrer erklärt er, warum er die Schweizer Neutralität für gefährlich hält und was die «Republik» alles falsch macht

Herr de Weck, Sie haben kürzlich in der «FAZ» geschrieben, Deutschland befinde sich in einer Identitätskrise. Wie zeigt sich diese Krise?

Das deutsche Denk- und Geschäftsmodell seit Ende des Kalten Kriegs war: «Ich beziehe kostengünstige Energie aus Russland. Ich erziele grosse Gewinne in China. Und ich delegiere meine Sicherheit an die USA, dabei spare ich viel Geld.» Das waren die drei Säulen. Die erste ist eingestürzt, die zweite bröckelt, und die dritte trägt nicht mehr.

In der Schweiz gibt es eine ähnliche Diskussion. Der amerikanische Botschafter in Bern meinte in der NZZ, die Schweiz sei in der grössten Krise seit 1945.

Auch die Schweizer Welt stimmt nicht mehr. Unsere Exportnation ist zu Recht stolz auf ihre Erfolge, auf ihre transnationalen Konzerne. Doch haben sich die frühen Globalisierer in der Illusion gewiegt, endlich hätten sie einen wirklich freien Markt: einen Weltmarkt, der sich dem Zugriff der Staaten und der Politik entzöge. Und das Resultat ist: Wir haben heute den politisiertesten Weltmarkt der Geschichte.

Woran machen Sie das fest?

Immer stärker vermengen sich Politik und Wirtschaft im Kräftenessen mit China, bei den Sanktionen gegen Russland oder in Gestalt von Elon Musk: Einer der reichsten Unternehmer kauft mit Twitter das globale Forum für politische Debatten – und manipuliert es bereits. Siehe auch den Fall Credit Suisse: Die Repolitisierung von Ökonomie und Handel trifft die wirtschaftsliberale Schweiz mit aller Wucht.

Die Verunsicherung betrifft auch die Neutralität. Verstehen Sie noch, was das Schweizer Neutralitätsmodell ist?

Die Neutralität ist eine identitätsstiftende Lebenslüge. Unsere Sicherheit hängt von der Nato ab. Punkt. Wir sind Trittbrettfahrer der Nato, heute erst recht. Ich bin ebenso sehr Europäer wie Schweizer. Aber darüber vergesse ich nicht, dass es im Ersten Weltkrieg der Vereinigten Staaten bedurfte, im Zweiten Weltkrieg, im Kalten Krieg, in den Balkankriegen und nun im Ukrainekrieg. Zum fünften Mal ist Europa auf das amerikanische Militär angewiesen.

Was heisst das für die Neutralität?

Wirtschaftliche Verflechtung mit dem Westen ohne politische Solidarität mit Europa und den USA geht nicht mehr. Unsere Neutralitätspolitik ist neu zu erfinden. Und ich bin zuversichtlich, dass wir diese Schweizer «Zeitenwende» schaffen. Die Schweiz ist das Land, das vieles richtig macht, aber zu spät.

Neutralität stifte Identität, sagen Sie. Das heisst, Sie sehen in diesem Konzept immerhin eine Funktion. Trotzdem scheinen Sie es für vernachlässigbar zu halten.

Für die meisten Schweizerinnen und Schweizer bleibt die Neutralität ausserordentlich wichtig. In den Augen unserer wichtigsten Partner grenzt sie an Opportunismus. So zum Beispiel, wenn in Ihrer Zeitung der amerikanische Botschafter in Bern sagt, die Nato sei der Donut und die Schweiz das Loch in der Mitte.

Besonders treffend wirkt das Bild nicht. Oder würden Sie sagen, die Schweiz sei ein Sicherheitsrisiko für den Westen?

In der Sicherheitspolitik ist der unwahrscheinliche Worst Case einer atomaren Eskalation stets mit zu bedenken. Plant Russland früher oder später einen Warnschlag, dann könnte es diesen atomaren Schlag einem Nicht-Nato-Land verpassen, etwa der Schweiz. Das wäre – ohne Direktangriff auf die Nato – eine extrem starke Warnung an den Westen. Erstarrte Neutralität hat mehr Nachteile als Vorteile. Ohnehin sind viele Schweizer geschichtsvergessen.



«Ich hatte das Glück, zwischen allen Stühlen aufzuwachsen.»

NORA NUSSBAUMER

Wie meinen Sie das?

Spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg war es evident, dass sich Europa neu ordnen musste. Die Schweiz aber hat sich nie an der Neuordnung des eigenen Kontinents beteiligen wollen. Nicht nur die Tradition der Neutralität verhinderte das, sondern auch das wirtschaftliche Interesse daran, genau die Nische zu sein, in der geschicht, was woanders verboten ist: einst das Bankgeheimnis, jetzt der oft brachiale Rohstoffhandel, der uns ebenfalls um die Ohren fliegen wird. Die Schweiz hat kein eigentliches Verhältnis zum wichtigsten Vorhaben auf dem eigenen Kontinent, der europäischen Einigung. Auch deshalb ist sie orientierungslos – und unter Druck.

Die europäische Selbstfindung ist doch nach wie vor geprägt von nationalen Interessen. Der französische Präsident Macron hat erst gerade die Freundschaft zwischen China und Frankreich zelebriert und damit andere europäische Regierungen brüskiert.

Macron hat formuliert, was die deutsche Kanzlerin Angela Merkel praktiziert hat. Ohne das je zu deklarieren, suchte sie die Balance zwischen den USA und China, immer im Bestreben, den amerikanischen Schutz aufrechtzuerhalten und den chinesischen Markt offenzuhalten. Verschärft sich nun der amerikanisch-chinesische Konflikt, gerät Europa in den Clinch. Die Franzosen machen es aber besser als die Deutschen. Sie sind in Brüssel Vorkämpfer gegen den Erwerb europäischer Schlüsselunternehmen durch China. Sie haben weniger auf den chinesischen als vielmehr auf den schwierigeren und nachhaltigeren indischen Markt gesetzt. Und Frankreich, zumal als Atommacht, wäre es nie in den Sinn gekommen, sich bei der Energiezufuhr in Russlands Abhängigkeit zu begeben.

In Ihrem jüngsten Buch beschäftigen Sie sich mit der Polarisierung der west-

lichen Gesellschaften. Was treibt sie auseinander?

Der liberal-konservative deutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard lancierte zu Beginn des Kalten Kriegs die soziale Marktwirtschaft – es sollten möglichst wenige Benachteiligte und Unzufriedene zu den Kommunisten überlaufen. Auch heute kann sich der Westen nicht einzig mit Waffen verteidigen: In der Machtprobe mit China und Russland sollten sich bürgerliche Politiker wieder für die Schwächeren in der Gesellschaft verwenden – sonst wird es noch mehr Putin-Freunde geben, die sich enttäuscht von der Demokratie abwenden. Die Schweizer Gesellschaft bleibt relativ homogen. Aber in Deutschland errichtete ausgerechnet die SPD Europas grössten Niedriglohnssektor: einen Nährboden für die AfD, die Partei der glühenden Putin-Verehrer. Und nach ultraliberalen Jahrzehnten sind die USA so gespalten wie nie seit dem Sezessionskrieg.

Sie führen den Aufstieg der Rechtspopulisten unter anderem darauf zurück, dass liberale Parteien deren Themen übernommen haben. Der Rechtspopulismus hat aber auch gesellschaftliche Ursachen, etwa Probleme im Zusammenhang mit der Zuwanderung. In Schweden haben Bandenkriege und Schiessereien dazu beigetragen, dass die Rechten gewonnen haben.

Wir durchleben eine Zeit tiefer Umbrüche. Die Digitalisierung ist der grösste Umbruch, sie entwertet die Kenntnisse vieler «analoger» Berufsleute. Das verunsichert. Hinzu kommt mit der Globalisierung zwangsläufig die Migration. Es geht nicht auf, gleichzeitig den wirtschaftlichen Internationalismus und den politischen Nationalismus zu pflegen. Dieser Spagat verspannt die Schweiz und den ganzen Westen. Wesenszug des Westens war seit je die Expansion: erst kolonialistisch, imperialistisch, später technologisch und wirtschaftlich. Doch plötzlich stösst dieser Westen an Grenzen, er gibt nicht mehr überall den Ton an. Das ist der tiefere Grund der Verunsicherung.

Einem Bürger, der Angst vor Bandenkriegen hat, würden Sie also sagen: «Nein, Sie haben Angst vor der Digitalisierung?»

Bandenkriege zu unterbinden, ist eine lösbare polizeiliche Aufgabe. Aber ich beobachte, dass in den neuen deutschen Bundesländern mit einem Ausländeranteil von bloss 5 Prozent die heftigste Fremdenfeindlichkeit herrscht. Und ich beobachte in den Kreisen 4 und 5 der Stadt Zürich, wo am meisten Ausländerinnen und Ausländer leben, dass populistische Parolen dort am wenigsten ziehen.

Sie sind Mitte der 1970er Jahre Journalist geworden, derzeit machen die Medien Schlagzeilen mit toxischer Männlichkeit und Machtmissbrauch. Wie war das Verhältnis der Geschlechter, als Sie vor fast 50 Jahren in den Journalismus eingestiegen sind? Gab es überhaupt Frauen?

Mit 22 fing ich bei der «Tribune de Genève» an. In dieser Lokalzeitung arbeiteten drei, vier Redaktorinnen. Darunter eine Sportredaktorin, die erste landesweit. Das war's. Die Schweiz war eine Männergesellschaft. Wenn Sie sich Talkshows aus den 1970er, 1980er, 1990er Jahren anschauen: Männer, so weit das Auge reicht. Alle rauchten, ein schöner Dunst umhüllte die Männerrunde – es brauchte kein Dekor.

Hat Sie diese Situation als progressiven Geist nicht befremdet?

Ehrlich gesagt, ist mir das Bewusstsein verdammt langsam gekommen. Privilegierte übersehen ihre Privilegien. In den Redaktionen arbeiteten Frauen meist als Sekretärinnen, denen die auswärtigen Korrespondenten die Artikel diktierten. Zwar hielt ich die

Gegner des Frauenstimmrechts für hinterwäldlerisch. Aber auch ich war rückständig.

Haben Sie als Chef der «Zeit» oder des «Tages-Anzeigers» Dinge gemacht, die Sie heute bereuen?

Als Wirtschaftschef der «Zeit» Anfang der 1990er Jahre war ich stolz darauf, dass im Ressort gleich viel Redakteurinnen und Redakteure arbeiteten. Aber ich war längst nicht immer auf der Höhe: Als SRG-Generaldirektor verantwortete ich die historische Serie «Die Schweizer», in der – eben – die grossen Schweizerinnen nur am Rande vorkamen. Kein Ruhmesblatt. Die Medien sind selten Avantgarde. Lieber gehen sie dorthin, wo die Musik spielt. Tendiert der Zeitgeist nach links, neigt ein beträchtlicher Teil der Medien nach links. Wechselt der Zeitgeist nach rechts, bewegen sich viele in diese Richtung. Und in Kriegszeiten mutieren nicht wenige Pazifisten zu medialen Bellizisten.

Sie haben sich als Verwaltungsrat bei der «Republik» engagiert, einem Online-Magazin, das ins Leben gerufen wurde, um ein linkes Gegengewicht zu geben, korrigierend zu wirken. Wird sie diesem Anspruch gerecht?

Ob die «Republik» links ist? Kein Medium freilich wird seinem Anspruch je wirklich gerecht: Journalismus ist der vorweggenommene Verzicht auf Perfektion. Darin liegt etwas sehr Menschliches. Doch die «Republik» ist eine Erfolgsgeschichte. 29 000 Abonnentinnen und Abonnenten, die ordentlich Geld zahlen – das ist grossartig für eine Neugründung.

Produziert die «Republik» überhaupt genug Inhalt, um sich Zeitung nennen zu können?

Bei demütigster Wahrung aller Proportionen: Was die «Republik» jede Woche veröffentlicht, entspricht dem Umfang eines der schönsten Wochentitel, des «New Yorker». Im Grundkonzept der «Republik» ist etwas sehr Stimmiges.

Sie loben das Produkt, sind aber kürzlich nach wenigen Monaten als Verwaltungsrat zurückgetreten. Wie geht das zusammen?

In jeder Hinsicht war ich uneinig mit dem Verwaltungsrat. Ich misstraute einer Strategie des Wachstums fast um jeden Preis und trat für konsequentes Sparen ein. Ich setzte stärker auf die Publizistik als auf Aktionen, um die Leserschaft zu binden. Und ich sah den Verwaltungsrat als strategisches Gremium – anders als in jenen Startups, in denen die Arbeitsteilung mit der Geschäftsführung diffus ist.

In der Schweiz gelten Sie als links, in Deutschland nominiert Sie die konservative CDU in einen Beirat zur Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wie kommt das?

Ich orientiere mich an Liberalen wie Karl Popper und Ralf Dahrendorf, denen ökonomische Macht so bedrohlich schien wie politische. Aber diese Position gilt heute entweder als links oder als schwer konservativ. Und dazu stehe ich. Dann bin ich eben beides. Ich hatte das Glück, zwischen allen Stühlen aufzuwachsen. Väterlicherseits eine katholisch-konservative Familie, mütterlicherseits eine calvinistisch-liberale. Ich lebte zwischen der deutschen und der französischen Schweiz, Deutschland und Frankreich: In Verdun kämpften auf beiden Seiten Verwandte von mir – da kann man nur Europäer werden. Ich war zu jung, um ein Achtundsechziger zu sein, und zu alt, um ein Computerkid zu werden. Ich war nie bürgerlich in meinem Selbstverständnis, aber auch nicht links. All das birgt eine gewisse Spannung.

Eine Spannung, die Sie geniessen. In der ich gern lebe, ja.

«Zwar hielt ich die Gegner des Frauenstimmrechts für hinterwäldlerisch. Aber auch ich war rückständig.»

Journalist und Autor

lsc. · 1953 in Freiburg i. Ü. geboren, wird Roger de Weck Mitte der 1970er Jahre Wirtschaftsredaktor bei der «Tribune de Genève». Dort arbeitet er unter anderem den Chiasso-Skandal der damaligen Kreditanstalt auf. 1983 wechselt er zur deutschen «Zeit», 1992 wird er Chefredaktor des «Tages-Anzeigers», um fünf Jahre später in derselben Funktion zur «Zeit» zurückzukehren. Als Generaldirektor der SRG (2011 bis 2017) ist Roger de Weck umstritten, die Abstimmung über ein neues Gebührenmodell gewinnt die SRG nur knapp. Roger de Weck ist Autor mehrerer Bücher, darunter «Die Kraft der Demokratie». Seit seinem Abgang bei der SRG engagiert er sich unter anderem beim Zürcher Online-Magazin «Republik».